

Salzburger Nachrichten

WELTPOLITIK

Deutschland hisst die Europafahne

Das Interesse an den Europawahlen ist beim Nachbarland so groß wie nie.
Doch warum auf einmal?



Am letzten Wochenende vor den Europawahlen demonstrierten in Deutschland Zehntausende für ein soziales Europa.

Die Deutschen blicken nach Brüssel: Mehr noch als bei der vergangenen Parlamentswahl 2014 interessiert sich das Land für die anstehenden Europawahlen. Haben laut einer Erhebung des Fernsehsenders ZDF vor fünf Jahren lediglich 38 Prozent der Befragten ihr Interesse an der Europawahl bekundet, sind es dieses Jahr 56 Prozent. Im schwarz-grün regierten Bundesland Baden-Württemberg liegt das Interesse sogar bei satten 72 Prozent. Das könnte sich positiv auf die Wahlbeteiligung der Deutschen auswirken. Diese ist in den vergangenen 20 Jahren nie über 47 Prozent hinausgegangen. Zum Vergleich: Bei den Bundestagswahlen gingen im gleichen Zeitraum bis zu 76 Prozent der deutschen Bürger an die Wahlurnen.

Doch Politikwissenschaftler warnen, aus dem gestiegenen Interesse Rückschlüsse auf die Wahlbeteiligung zu ziehen. So zumindest die Erkenntnis des Innsbrucker Politologen Andreas Maurer und seines Mainzer Kollegen Jürgen Falter. Warum sich die Deutschen 2019 mehr für die Europawahl interessieren als in den vergangenen Jahren, liegt laut Falter an der Debatte um den Austritt Großbritanniens aus der EU. Für seinen Kollegen Maurer stehen andere Themen weit oben: So hätten das Glyphosat-Verbot, die Urheberrechtsnovelle und der Umgang der EU mit Staaten, die das Rechtsstaatsprinzip unterliefen, die Deutschen aufgerüttelt.

Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte ist in Deutschland an der Partei Alternative für Deutschland (AfD) zu beobachten. Es wird spannend, wie die beiden großen Staaten Frankreich und Deutschland mit dem Rechtsruck umgehen. Denn die Zusammenarbeit der beiden Länder ist der Motor der EU. Doch dieser Motor ist derzeit ins Stocken geraten: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron können momentan nicht so miteinander. Macron prescht gern vor mit neuen Reformideen für Europa. Bei Merkel und ihren Anhängern kommen die Ideen - wie etwa die eines europäischen Mindestlohns - nicht immer gut an.

Der frühere deutsche Außenminister und Grünen-Urgestein Joschka Fischer hat am Sonntag die aktuellen Probleme beklagt und gefordert: "Wir brauchen dringend ein deutsch-französisches Signal der Gemeinsamkeit von Emmanuel Macron und Angela Merkel." Er findet es tragisch, dass Macron von Merkel keine Antwort auf seine Reformideen erhalten hat. Und CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer habe mit ihren Gegenvorschlägen alles noch schlimmer gemacht. Konkret nennt Fischer den Vorschlag, den zweiten EU-Parlamentssitz in Straßburg abzuschaffen. Das sei ein direkter Angriff auf Frankreich, sagt er.

Das momentan schwierige deutsch-französische Verhältnis wird auch nach der Europawahl auf eine Bewährungsprobe gestellt werden: Denn dann beginnt das Geschacher um die Spitzenposten in der Europäischen Union. Schon allein bei der Frage um eine Spitzenkandidatur sind Merkel und Macron sich uneins. Der französische Präsident lehnt es ab, dass ein Spitzenkandidat der europäischen Parteienfamilien - ob von Konservativen oder Sozialdemokraten - EU-Kommissionspräsident werden soll. Der Franzose fände Spitzenkandidaturen nur dann sinnvoll, wenn es länderübergreifende Kandidatenlisten gäbe.

Mit dem Luxemburger Jean-Claude Juncker war 2014 erstmals ein Spitzenkandidat Kommissionschef geworden. Jetzt bewerben sich der konservative Deutsche Manfred Weber (CSU) und der sozialdemokratische Niederländer Frans Timmermans (PvdA/SPE) um die Nachfolge von Juncker. Macrons erst 2016 gegründete Bewegung "La République en Marche" (zu Deutsch: Die Republik in Bewegung) gehört keinem der beiden großen Lager an. Macron hat vergangene Woche verkündet, dass er eine neue Fraktion von Liberalen und Demokraten gründen will.

Doch die EU ist nicht nur auf der Suche nach einem neuen Kommissionschef - auch der Ratspräsident (aktuell Donald Tusk), die Stelle des Außenbeauftragten (Federica Mogherini) und die des EZB-Chefs (Mario

Draghi) müssen neu besetzt werden. Zwar hat Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel dieser Tage betont, dass sie keinen Spitzenposten in Brüssel anstrebe. Das heißt aber nicht, dass Berlin nicht Anspruch auf ein Spitzenamt erhebt - das könnte die deutsch-französische Beziehung weiter schwer belasten.

Aufgerufen am 20.05.2019 um 07:56 auf <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/deutschland-hisst-die-europafahne-70532512>